

**Zeitschrift:** Neues helvetisches Tagblatt  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 2 (1799-1800)  
  
**Rubrik:** Gesetzgebung

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Neues helvetisches Tagblatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri, Mitgl. der gesetzg. Rätthe.

Band II. Nro. LXXXIX.

Bern, den 23. Nov. 1799. (3. Frimaire VIII.)

## Gesetzgebung.

Grosser Rath, 2. Novemb.

(Fortsetzung.)

Die Gemeindschammer von Bern übersendet folgende Anzeige:

Die Gemeindschammer von Bern an die gesetzgebenden Rätthe der einen und untheilbaren helvetischen Republik.

Bern, den 28. Okt. 1799.

Bürger Gesetzgeber!

Durch eine seltsame Verkettung trauriger Begebenheiten und Thatsachen, sind die Vorsteher der hiesigen großen Bürgerbibliothek seit der Revolution verhindert gewesen, solche, wie vormals, zum gemeinnützigen Gebrauch ordentlicher Weise an gewissen Tagen zu eröffnen. Beim Eintritt der Franken gefiel es dem Commissar Rapinat, die Thüren dieser litterarischen Anstalt versiegeln zu lassen; auf seinen Befehl ward der Catalog derselben nach Paris versandt, und als derselbe nach geraumer Zeit wieder heraus negotirt war, nahm eine unentbehrliche Revision der ganzen Bibliothek auch ziemlich viel Zeit weg; zu dem allem gesellte sich noch die durch Erfahrungen so sehr gerechtfertigte Aengstlichkeit, daß in jenen unruhigen Zeitläufen durch das ordentliche Eröffnen dieses Bücherschatzes der Reiz der Neuheit und die Curiosität nach architektonischer Kunst einen Zulauf von Militär und anderer unbescheidener Gasser nach sich ziehen, und so die Sicherheit desselben kompromittirt werden möchte.

Nun aber, da mehrere dieser Umstände und Bedenklichkeiten gehoben zu seyn scheinen, macht sich die Gemeindschammer ein wahres Vergnügen daraus, Ihnen, BB. Gesetzgeber, bekannt zu machen, daß die Bibliothek von nun an wöchentlich zweimal, und zwar Donnerstags

und Samstags, von 2 bis 4 Uhr, zur reglementmäßigen Benützung jedem helvetischen Bürger offen stehen wird.

Mit Freuden laden wir Sie, BB. Gesetzgeber, und alle höchsten Behörden in diesen Sitz der Musen ein, und bitten Sie samt und sonders, uns mit jeder Gelegenheit bekannt zu machen, wo wir Ihnen nach unsern schwachen Kräften während Ihrem Aufenthalte in dieser Gemeinde Beweise unserer aufrichtigen Ergebenheit und patriotischer Gesinnungen ablegen können.

Republ. Gruß und Hochachtung!

Der Präsident der Gemeindschammer,  
Fellenberg.

Namens der Gemeindschammer,  
Gerwer, Sekretär.

Suter: Also auch da muß Rapinat sein Spiel treiben — aber es wäre gut zugewesen, wenn er in dieser Bibliothek gelesen, und das Recht kennen gelernt hätte; doch, er kann weder schreiben noch lesen! — Ueber diese erfreuliche Zuschrift der Gemeindschammer von Bern, die derselben Ehre macht, fodere ich in unserm Protokoll ehrenvolle Meldung und Mittheilung an den Senat.

Jomini will, daß diese Anzeige auch nach unsrer Commission über die Archive gewiesen werde, indem unter dieser freundschaftlich schweigenden Anbietetung etwas verborgen liegen könnte.

Escher: Soll denn der Dank, den wir für diese patriotische Anerbietung schuldig sind, noch durch so unzweckmäßige Seitenblicke, wie Jomini macht, getrübt werden? Ich hoffe nein: diese Bibliothek steht unter der Gemeindschammer von Bern, sie hat also Dispositionsrecht darüber, und wäre also diese Anerbietung zu öffentlichem Gebrauch nicht schuldig gewesen, folglich verdient sie Dank, und ich stimme Suter bei: glaubt dann einst die Nation ein Eis

genthumsrecht zu haben, so ist dieses von der jetzigen Anerbietung ganz verschieden, und muß nicht durch uns rechtlich ausgemacht werden.

Huber: Schon ist alles, was die Nationalbibliothek angeht, an eine Commission gewiesen, und folglich ist Jominis Antrag ganz überflüssig; ich stimme also von ganzem Herzen Suter bei.

Secretan ist von allen diesen Meinungen. Er dankt der Gemeindeverwaltung von Bern für diese freundschaftliche Anzeige, und erklärt, daß er mit Freuden sieht, daß in der Gemeinde Bern mit Eifer für Verbreitung der Kenntnisse und Wissenschaften gearbeitet wird. Dessen ungeachtet aber ist Jominis Antrag nicht zu verwerfen, weil wenigstens Möglichkeit da ist, daß diese Bibliothek dem Staat gehört, welches ich aber selbst nicht vermüthe; ich unterstütze also sowohl Suter als Jomini.

Grafenried versichert, daß diese Bibliothek weder der Nation, noch der Gemeinde Bern als solcher gehört, sondern einer Gesellschaft, die sie durch freiwillige Beischüsse und Eintrittsgelder unterstützt hat.

Spengler fodert, daß nun nicht weiter über das Eigenthumsrecht dieser Bibliothek eingetreten werde, weil dieses einstweilen nicht vor uns gehört; er unterstützt Suter.

Secretan gesteht, daß er selbst vermüthe, diese Bibliothek gehöre der Gemeinde Bern, aber eine Untersuchung und Erläuterung des Gegenstandes hält er für durchaus nothwendig.

Suters Antrag wird angenommen, und Jominis Forderung verworfen.

Auf Lacostes Antrag erhält B. Bergdirektor Wild, als gewesener Commissar im Wallis, die Ehre der Sitzung.

Die beiden Gutachten über die Interimsregierung von Zürich sind an der Tagesordnung. (Wir haben sie schon in den No. 68. 69. u. 70. des helv. Tagbl. geliefert.)

Suter fodert als. Ordnungsantrag, daß die Mitglieder, welche sich über diesen Gegenstand fürs Wort haben einschreiben lassen, hievon Gebrauch machen können, ohne immer durch das Rufen zum Abstimmen unterbrochen zu werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Hierz nahm nur das Wort, weil ihm viele Gegenstände über die Interimsregierung von Zürich bekannt sind, die er der Versammlung anzeigen will; in die aufgeworfene Rechtsfrage

will er nicht eintreten, sondern diese unsern Rechtsgelehrten überlassen. Er liest also folgendes vor:

B. R. Der so vortrefflich ausgearbeitete Vortrag des B. Zimmermann hat wahrhaftig so viel Schönes, so viel Menschenliebendes, und besonders soviel Einnehmendes, hauptsächlich für Menschen, welche an dem glüklichen Fortgang der gerechten republikanischen Waffen zweifeln, daß es schwankenden Gemüthern beinahe unmöglich ist, demselben ihren Beifall zu versagen.

B. Zimmermann scheint die Interimsregierung in Zürich aus einem besondern Gesichtspunkt zu beurtheilen; unter vielen Betrachtungen scheint jene die wichtigste zu seyn: er glaubt nemlich, die Interimsregierung habe nicht so viel Böses gethan, als sie wirklich hätte thun können; folglich will er daraus schließen, daß dieselbe nicht verantwortlich gemacht werden solle.

B. R. Wenn man diesen Punkt etwas näher untersuchte, so würde sich zeigen, daß der Interimsregierung in Zürich noch mächtige Hindernisse im Weg stunden, die sie zurückhielten, das zu thun, was sie vielleicht gern gethan hätte, ich will Ihnen ein Beispiel angeben.

Woher kam es, B. R., daß der Dorfgemeinde Rüschnacht auf einmal 1054 Mann Schweizerische Emigrantentruppen auf Execution zu gelegt wurden? vermuthlich daher, weil sie die von der Gemeinde geforderte Mannschaft nicht stellen wollte, sie deswegen mit Gewalt zum Spielen des Looses gezwungen worden sind. Da aber die Gemeinde es wagte, in der Stille Abgeordnete an den General Hohe zu schicken, hat ihnen derselbe bedeutet, daß er gar keinen Gefallen habe, Schweizer Bürger in Dienste zu zwingen, weil nichts mit gezwungenen Soldaten auszurichten sei, und hat dieser Gemeinde, alsobald in 2 Tagen diese Executionstruppen hinweggenommen, nachdem sie vorher 3 Wochen lang die Bürger geplagt hatten.

Aus diesen und noch viel andern Thatsachen, die zu erzählen wären, ist klar zu ersehen, daß die Interimsregierung immer Hindernisse gehabt, die sie noch ein wenig in den Schranken behielten, denn weder Prinz Karl noch General Hohe wollten zugeben, daß Gewaltthatigkeiten von irgend einer Art sollten ausgeübt werden.

Noch eine zweite mächtige Hinderniß es



hielt die Interimsregierung ein wenig in den Schranken.

Es war nemlich die fränkische Armee und die helvetischen Freiheitsvertheidiger, welche nur 3 Viertelstunden von der Stadt entfernt waren, sie stunden auf einer hohen Gebirgskette allbereit 4 Monate postirt, und schauten gleichsam wie von dem Himmel herab auf alles, was in und außer der Stadt Zürich vorgieng. Die Interimsregierung mag also in ihrer Weisheit vorhergesehen haben, daß die Sache mit der Zeit sich verändern konnte; allein so viel ist nur geredt, wenn man aber zur Hauptsache selbst kommen will, so fragt es sich erstlich: was hätte die Interimsregierung in Zürich (und jede andere in der occupirten Schweiz) unter diesen Umständen ihrer Pflicht gemäß thun sollen? und dann zweitens: was hat sie, oder was haben sie gethan?

Meines Bedünkens hätte jede Interimsregierung in Helvetien ihrem gethanen Eid, zur Handhabung der neuen Verfassung, so viel ihr möglich, getreu seyn sollen, sie hatte alle Maßregeln, die der neuen republikanischen Verfassung entgegen waren, in sofern es ohne eigene Gefahr hätte geschehen können, verhindern sollen; dann hätte sie die Pflichten wahrer Republikaner erfüllt, und hätte den Dank des Vaterlandes verdient.

Jetzt aber ist die zweite Frage: was hat die Interimsregierung von Zürich gethan.

Das Vollz. Direktorium giebt uns eine That-sache an, nemlich ein von der Interimsregierung ausgegangenes Proklama, darin die Bürger des Kantons aufgefodert werden, die Waffen gegen ihre Verbündete zu ergreifen; eine That-sache, die nicht allein um unserer Ehre willen, sondern um einen gerechten Verdacht bei unsern Verbündeten zu vermeiden, nothwendig untersucht werden muß.

B. R., um euch mit dem Geist der Interimsregierung in Zürich noch näher bekannt zu machen, so vergönnet Sie mir, noch einige mir bekannte Thatsachen euch zu eröffnen.

I. Sobald die Interimsregierung in ihrem Wirkungskreis war, entsetzte sie Mitglieder des Kantons; und der Distriktsgerichte, welche das Volk gewahlt, und die dessen Zutrauen besaßen, und besetzte sie willkührlich nach ihrem Gefallen, habt also in diesem Stück die Con-

veränität des Volks und ihren geschwornen Eid verletzt.

2. Entsetzte sie die von unserm Volk. Direktorium bestellten Nationalagenten.

3. Zuwider der geschwornen Constitution führte sie die Zehnden und Bodenzinse ein.

4. Befahl sie den sogenannten Hintersassen in der Stadt, die vor altem eingeführten Hintersasszettel zu nehmen und das Hintersassgeld zu bezahlen.

5. Zwang sie die Bürger, wider ihren Willen und gegen ihren geschwornen Eid dem sie getreu seyn wollten, die Waffen gegen ihre helvetischen Waffenbrüder und ihre Verbündete zu tragen.

6. Publicirte sie die von dem Vollz. Direktorium angeführte Proclama.

7. Liefte sie ruhige Bürger arretieren, behielt sie wochen; und monatlange im Gefängniß, und ohne sie zu verhören, wurden sie gegen Erlegung der Gefängnißkosten entlassen.

B. R., eine Untersuchung ist nothwendig in zweierlei Rücksichten.

Erstlich, nicht wie B. Zimmermann in seinem Rapport sagt, daß die Geschichte der Welt zeige, wie nachsichtig und edel wir gehandelt haben; denn immer nachsichtig seyn ist nicht edel; aber um der gegenwärtigen und der Nachwelt zu zeigen, daß wir gerecht, welches allein edel ist, gehandelt haben, müssen wir die Sache untersuchen lassen; wir wollen nicht selber untersuchen, wir wollen nicht selber richten, aber zu verhindern, daß das Vollz. Direktorium nicht untersuchen kann, hieße wahrer Unsinn.

B. R., wie leicht könnte der Verdacht auf uns, oder doch auf einige Mitglieder von uns, zurücksallen, daß wir mit der Interimsregierung oder gar mit den Feinden der Republik einverstanden gewesen wären, wenn wir nicht untersuchen lassen wollten. Welch einen unauslöschlichen Schandstet würden wir uns bei allen cultivirten Nationen und bei unsern Nachkommen anhängen.

Und dann zweitens, so viel mir bekannt ist, haben nicht alle Mitglieder der Interimsregierung gleichen Antheil an der Verantwortung; es waren einige Glieder derselben, die sich solchen gewaltthätigen Maßregeln mit Kraft widersetzen; nur allein durch eine genaue Untersuchung können diese vor jenen gerechtfertigt werden.

Ich wünsche von Herzen, daß sich alle Glieder der Interimsregierung in Zürich bei einer genauen Untersuchung so zu rechtfertigen wissen, daß wir und das gesamte Volk von ihren reinen republikanischen Absichten überzeugt werden können, so werde ich dennzumal ihnen mit Freuden den Dank des Vaterlandes zuerkennen.

Aber eine Untersuchung muß Statt haben, wenn wir anders wollen, vor unserm Volk, bei unsern Verbündeten, und vor der unpartheiischen Welt gerechtfertigt seyn.

Deswegen verwerfe ich den Rapport des B. Zimmermanns, und unterstütze den Rapport des B. Ruhn.

Pellegrini sagt: durch die vollziehende Gewalt eingeladen, einen Gerichtshof zu bestimmen, der über den Fall der Interims-Regierung von Zürich ab spreche, hält uns die Mehrheit der Commission mit der Untersuchung folgender beider Fragen auf: Will die Gesetzgebung einen solchen Gerichtshof angeben? Welches soll dieser Gerichtshof seyn?

Allgemeine Rücksichten von Recht und Politik auf den gegenwärtigen Fall angewandt, die vermeintliche Constitutionswidrigkeit und Unge rechtigkeit, sowohl in dem aufgelegten Arrest, als auch in dem Begehren eines Tribunals, darauf begründet, daß sowohl hinlängliche Spuren des Verbrechens als auch Gesetze fehlen, die bestimmen, welche Handlungen einer solchen Regierung als Verbrechen vorgehalten werden können; die Behauptung, daß dieser aufgelegte Arrest, und die darauf gemachte Einfrage, andere Fragen voraussetze, über die die Gesetzgebung ganz einzig zu entscheiden habe. (Die Fortsetzung folgt.)

### Vollziehungs-Direktorium.

Das Vollziehungsdirektorium der einen und untheilbaren helvetischen Republik,

Nachdem es in Erfahrung gebracht, daß mehrere Militärs zu heyrathen sich erlauben, ohne daß sie hiezu die Bewilligung ihres Chefs erhalten haben;

In Erwägung, daß man den nachtheiligen Folgen zuvorkommen müsse, die aus einem solchen Mißbrauche, den in jedem Lande die Militärgesetze verbieten, entstehen könnten;

Nach hlerüber angehörttem Berichte seines Kriegsministers,

### b e s c h l i e ß t:

1. Jedem Militär in dem Solde der Republik ist es untersagt, sich zu verheyrathen, bevor er hiezu von seinen Obern die Bewilligung erhalten.

2. Die Geistlichen sind hiermit nachdrücklich eingeladen, keine Ehe von helvetischen Militärs einzussegnen, bevor sie sich durch gültige Zeugnisse versichert haben, daß dieselben von ihren Obern völlige Einwilligung haben.

3. Zur Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses sind der Kriegsminister und derjenige der Wissenschaften, jeder für sein Fach beauftragt.

Dieser Beschluß soll in das Tageblatt der Gesetze eingerückt werden.

Bern, 12. Wintermonat 1799.

Der Präsident des Vollziehungsdirekt.

(Sign.) S a v a r y.

Im Namen des Direkt., für d. Gen. Sek.  
B r i a t t e.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Da der diesmalige Aufenthalt des von der Susanna Lohner, geb. Eschaggern, des B. Heinrich Lohners seel. von Thun hinterlassenen Wittwe, Paternitätsbeklagten Heinrich Appenzellers, aus dem Kanton Zürich (dessen eigentlichen Geburtsort die Klägerin nicht angeben konnte) lezthin gewesener Soldat unter der Compagnie des B. Hauptmann Zuppinger, unter der helvetischen Legion, unbekannt ist, so wird derselbe andurch ediktaliter vorgeladen, innert den nächsten 18 Wochen und 9 Tagen, also bis den 7. April 1800, an einem der gewohnten Gerichtstage, so jeweiligen Mittwochs abgehalten werden, Vormittags von 10 bis 12 Uhr, vor dem Bezirksgericht Thun, auf dem Gemeindhause daselbst, zu erscheinen, um sich über die von der Lohner gegen ihn führenden Paternitätsklage zu verantworten; ausbleibenden Falls wird geschehen was Rechtens ist.

Gegeben in Thun, den 13. Winterm. 1799.

Joh. Rud. V e r n e r, Präsid.

Joh. Rudolf E g g i m a n n,  
Bezirksgerichtsschreiber.